Heinr. Bial.

zu diesem Zwecke an Bericht zu beschaffenden Materialien
und Gegenstände u.
des Unterausschusses für die Bezüge aus der Ukraine, sowie den
Vieh- und Fleischverkehr.

Am.14. März hat der Ernährungsausschuss in den Unter-
ausschuss die Abgeordneten Baczynski, Cech, Freissler,
Friedmann, Gostinöar, Kadlöck, Kuhn, Schürff, Serbu,
Skaret, Teufel, Wüst gewählt und beschlossen, dass im Falle
der Verhinderung Ersatzmänner entsendet werden sollen. In die-
ser Eigenschaft haben an den Sitzungen die Abgeordneten Kolessa,
Malik, Singalewicz und Tusar teilgenommen.

Der Unterausschuss hat vom 20. März bis 3. April
4 Sitzungen abgehalten, ausführliche Auskünfte seitens des
Ackerbauministeriums und Ernährungsamtes entgegengenommen und
empfiehlt auf Grund eingehender Beratungen dem Ausschusse die
Annahme der in der Folge angeführten Beschlüsse.

Was den Bezug aus der Ukraine anbelangt, unterschätzt
der Unterausschuss durchaus nicht die grossen Schwierigkeiten
mannigfacher Art, welche sich einer systematischen Erfassung
von Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen, sowie dem
Warenaustausch mit einem im Entstehen begriffenen Staatswesen
angesichts der noch durchaus ungeklärten Verhältnisse entgegen-
stellen. Vor übertriebenen Hoffnungen und Erwartungen muss ge-
warnt werden. Aber umso wichtiger ist es, Fehlgriffe und Um-
ständlichkeiten zu vermeiden. Wir müssen einen tunlichst ra-
schen Erhalt von Waren in ausgiebigem Ausmasse anstreben und
auf die Anbahnung eines reibungslosen Verkehrs, sowie die Pfl-
ege freundschaftlicher Beziehungen mit einem Staate Gewicht le-
gen, mit dem wir aus politischem und wirtschaftlichem Interesse
in innigen Handelsverkehr treten sollen. Sehr wertvolle Winke
und Aufschlüsse gaben die ukrainischen und mit den Bukowinaer
Verhältnissen vertrauten Mitglieder des Unterausschusses hin-
sichtlich der Stimmung und Behandlung der Bevölkerung der
Ukraine, der Vermeidung von Widerständen und der Benützung be-
stehender Organisationen.

Der Unterausschuss fasst seine auf die Ukraine bezüg-
lichen Beratungen in folgenden Beschlüssen zusammen:

Die Regierung wird aufgefordert, den Ernährungsaus-
schuss über ihre Absichten, betreffend den Handelsverkehr mit
der Ukraine, sowie über den Stand dieses Verkehrs auf dem Lau-
fenden zu erhalten, für den Einkauf die landwirtschaftlichen
und Konsumorganisationen Ostgaliziens und der Bukowina mithera-
anzuziehen, sich des Rates und der Vermittlung unserer ukrai-
nischen Abgeordneten zu versichern und dahin zu wirken, dass
unsere in der Ukraine verwendeten Truppen unter Bedachtnahme
auf die Pflege guter Beziehungen mit der Bevölkerung des Lan-
des und gegenseitigen Vertrauens ausgewählt werden. Bei der
Auswahl der zum Ein- und Verkauf, bezw. Austausch zugelassenen
Kommissionäre, Händler und Interessenten ist unter möglichster
Heranziehung des freien Handels und der Vermeidung überflüssi-
ger Zwischenhände, sowie bei der Verpflichtung der Ablieferung
an die staatlichen oder vom Staate betrauten Stellen auf die
Vertrauenswürdigkeit und die fachlichen und örtlichen Kennt-
nisse besondere Rücksicht zu nehmen.

Weder Syndikaten, noch Einzelpersonen dürften aus-
schliessliche Rechte eingeräumt werden.

Als ganz besonders dringend wird der Dienst der Auf-
bringung und Einfuhr von Vieh bezeichnet.

Zur Erleichterung des Warenaustausches soll bei der
Beschaffung der nach der Ukraine lieferbaren Waren, bezw. der

zu diesem Zwecke aus dem Auslande zu beschaffenden Materialien und Gegenstände unter möglichster Vermeidung umständlichen Verfahrens vorgegangen werden. Die Heeresverwaltung soll aufgefordert werden, den zum Einkauf und Warenaustausch legitimierten Personen ohne Umständlichkeiten jedwede Erleichterung für den Reise- und Warenverkehr zu bieten.

Es sollen jene Betriebe, deren Erzeugnisse für den Austausch mit der Ukraine in Betracht kommen, in geeigneter Weise angegangen und in Anspruch genommen werden.

Der Heeresverwaltung wäre anheimzustellen, ersetzbare Waren oder hinsichtlich der Qualität entbehrliche, für die Weiterverarbeitung oder unmittelbare Ablieferung geeignete Materialien und Gegenstände freizugeben.

Die besondere Aufmerksamkeit der Regierung wird auf die Notwendigkeit der schleunigsten Beschaffung von Saatgut aus der Ukraine für die durch feindliche Besetzung verwüsteten Gebiete Galiziens und der Bukowina gelenkt.

Sobald der Handelsverkehr mit Bessarabien und Rumänien eingeleitet werden kann, sollen die bodenständigen, bewährten landwirtschaftlichen Organisationen der Bukowina in den Dienst des Handelsverkehrs gestellt und die Mithilfe unserer rumänischen Abgeordneten in Anspruch genommen werden.

Der Unterausschuss ist überzeugt, dass nur bei Einhaltung obiger Grundsätze der Warenverkehr ehestens in befriedigender Weise angebahnt werden kann.

in Ungarn durch den österreichischen Handel, obwohl auch hierbei sehr hohe Preise zugestanden werden, bzw. hohe Preise eine Voraussetzung für den Erwerb von Transportscheinen waren, hat die ungarische Regierung...

Hinsichtlich der gegenwärtig schwierigsten und wichtigsten Frage der Fleisch- und Fettversorgung muss festgestellt werden, dass die ausserordentlich trüben Verhältnisse auf zurückliegende und zum Teil kaum mehr gutzumachende Vorgänge zurückzuführen sind. Die unrationelle Inanspruchnahme unseres Viehstandes, die ganz unverhältnismässige Mehrbelastung Österreichs, der Futtermangel, ferner die Absperrungs- und Preispolitik Ungarns, während österreichisches Vieh bis zum Beginn der Viehverkehrsregelung 1916 in Oesterreich von Ungarn aufgekauft werden konnte, bzw. dem Viehschmuggel nach Ungarn nicht gesteuert wurde und die Schwäche der österreichischen Regierungen, als kraftvolles Entgegentreten noch aussichtsvoll gewesen wäre - alle diese Umstände sind hauptsächlich Schuld an unserem so schwer fühlbaren Fleischmangel.

Der Ernährungsausschuss des Abgeordnetenhauses wird sich eifrigst dem zur Zeit wichtigsten Probleme des Viehverkehrs widmen müssen, um nicht im nachhinein einzugreifen, soweit noch Abhilfe und Verbesserungen möglich sind. Nicht nur die Not des Augenblickes heischt sofortiges Eingreifen, sondern auch die Rücksichtnahme auf die Zukunft, soll die Dezimierung unserer Bestände und der nach dem Kriege andauernde Mangel unsere Lage nicht weiter verschlimmern, unsere Abhängigkeit von Ungarn vergrössern und uns zunehmend finanziell schwächen. Es wäre zu wünschen, dass der Ausschuss in dieser, von Parteigegensätzen freien, die gesamte Bevölkerung gleichmässig berührenden Frage das Haus zu einer einmütigen Stellungnahme anreize.

Für den Fleischbedarf der österreichischen Garnisonen müssen die österreichischen Kronländer aufkommen. (Die Wiener Garnison mit 192.000 Mann wurde, soweit nicht ausländisches Fleisch zur Verfügung stand, bis vor kurzem auch aus dem von Ungarn zugestandenen Kontingent alimentiert, auf welches Wien angewiesen ist. Gegenwärtig wird versucht, es durchzusetzen, dass für die Wiener Garnison Konserven und Fleisch aus Russisch-Polen mitherrangezogen werde, wo das für militärische und zivile Zwecke auferlegte Kontingent perzentuell weitaus geringer ist, als in Oesterreich: ungefähr 12 zu 50 %). Beinhaltet

schon die Versorgung des Militärs im österreichischen Hinterlande mit österreichischem Fleische angesichts unserer Futtermittelnot und des Missverhältnisses zwischen unserem und dem ungarischen Viehstande eine unbillige Inanspruchnahme unseres Viehstandes, wurden wir überdies infolge des bis in die jüngste Zeit gültigen Aufteilungsschlüssels von 50 zu 50 % für den Bedarf der Armee im Felde stark benachteiligt. Die jüngst endlich erzielte Erleichterung, wonach Oesterreich unter Zugrundelegung eines Schlüssels nach Gewicht und unter der Annahme eines mässigeren Fleischgewichtes pro Stück mit ungefähr 35 1/2 % aufzukommen hat, ist nicht zu überschätzen, weil unser unterernährtes und herabgekommenes Vieh vielfach hinter dem angenommenen Gewicht zurückbleibt, während die ungarischen Rinder wesentlich schwerer sind. Es bedarf nicht umständlicher Erwägungen, um festzustellen, dass Oesterreichs Viehstand durch den Krieg und Ungarns Verhalten ganz unverhältnismässig in Anspruch genommen wurde. Der Rückgang seit 1914 ist ebenso besorgniserregend, wie der Zustand und die Qualität der noch vorhandenen Rinder. Aber Ungarn benachteiligt uns nicht nur dadurch, dass es die Ausfuhr drosselt, österreichisches Vieh aufkauft, die Lieferung von Futtermitteln gänzlich ablehnt und zwischen den zugestandenen Kontingenten, sowie unseren Aufkäufen aus dem Auslande, ja auch den Salami- und Wursteinfuhren ein Junction schafft, sondern auch noch enorme Preise aufrechnet. Um etwaige billigere Einkäufe in Ungarn durch den österreichischen Handel zu verhindern, obwohl auch hierbei sehr hohe Preise zugestanden werden mussten, bzw. hohe Preise eine Voraussetzung für den Erhalt des Transportscheines waren, hat die ungarische Regierung im Dezember v. J. die Vieh- und Futtermittelverkehrs-Gesellschaft für den Export gegründet. Die Viehpreise steigen prompt. Gegenwärtig kommt 1 kg Lebendgewicht einschliesslich der ungarischen Gebühren und der Spesen auf ungefähr 10 Kronen loco Wien. Bei den Preisen, zu denen in Wien Einheitsfleisch abgegeben werden muss und da Wien hauptsächlich auf ungarisches Fleisch angewiesen ist, kann man ermes sen, welche Abgabe der österreichische Fiskus an Ungarn zu zahlen und welchen Tribut die Wiener Bevölkerung zu entrichten hat. Allerdings hat Ungarn und Kroatien für die Monate März, April, Mai eine Erhöhung des monatlichen Kontingentes von 4000 auf 10.000 Stück zugestanden, weil das dänische Vieh, als uns Deutschland mit Mehl aushalf, an Deutschland abgetreten wurde. Dieses ungarische Zugeständnis fand in der Spannung zwischen dem Preise des ungarischen und des dänischen Viehs seine Belohnung.

Wir müssen bedenken, dass Wien immer auf ungarisches Vieh angewiesen war und Ungarn im Frieden gerne dieses Geschäft machte. Wiens Bedarf wurde mit 74 % aus Ungarn, mit 22 % aus Galizien und mit 4 % aus den übrigen Ländern gedeckt. Nunmehr sollte Niederösterreich, Böhmen, Mähren und Salzburg zur Deckung unseres dringendsten Bedarfes 14.400 Stück monatlich liefern, eine Ziffer, die begreiflicherweise auch nicht annähernd erreicht werden kann.

Auch für die Schweineausfuhr hat Ungarn eine Zentrale, das ungarische Schweineverkehrsbüro, gegründet. Früher betrug das Kontingent 17.500 Stück monatlich bei einem Gewicht von 150 kg pro Stück. Das gegenwärtige Kontingent von 8.000 Stück bei einem Stückgewicht von 80 kg wird nicht erreicht, wohl auch, weil Ungarn nach Deutschland exportiert. Der knappe Wiener Privatbedarf an Schweinefleisch wird durch ungarische, serbische und polnische Schweine gedeckt. Die Gasthäuser haben sich mit niederösterreichischen Schweinen zu versehen. Aus Galizien ist die Schweineausfuhr seit November 1917 eingestellt. Auch aus den übrigen Kronländern kommen Schweine nicht nach Wien. Die Bevölkerung der Millionenstadt mit ihren Kriegsbetrieben ist auf die schmalsten Rationen gesetzt und auf unerschwingliche Preise angewiesen.

Wenn auch die Einführung des Bezugscheines und die Zentralschlachtung oder die Gruppenschlachtung eine gleichmässige Verteilung erwarten lässt und wenn es selbst gelingen sollte, den Schleichhandel einzudämmen, so werden die auf den Kopf entfallenden Rationen doch so gering sein, dass man auch weiterhin von einem schweren Notstand sprechen muss.

Anlässlich der Beratung über die beabsichtigte Grossschlachtung, wie sie in Prag zu einer Besserung der Verteilung und Preisbildung geführt hat und die auch in Wien als Zentralschlachtung oder Gruppenschlachtung eingeführt werden soll, wurde anerkannt, dass die Ausschaltung kleiner Fleischhauer nicht ganz zu vermeiden sein wird. Aber es wird erwartet, dass das Finanzministerium bei der billigerweise vorzunehmenden Entschädigung solcher Existenzen, die eine berufliche Verwendung nicht werden finden können, keine Schwierigkeiten machen wird.

Die Preise von K 1.80 bis K 4.- pro kg Lebendgewicht, welche den österreichischen Viehbesitzern bezahlt werden, führten in Anbetracht der in Ungarn gezahlten Preise zu einem fühlbaren Viehschmuggel aus den österreichischen Grenzgebieten nach Ungarn, von wo wir also unser Vieh zu hohen Preisen wieder bekommen. Es liegt weder im Interesse unserer Viehzucht, noch unseres Konsums, die Uebernahmepreise zu sehr zu drücken, weil der Landwirt keine Veranlassung hat, nichtmaximiertes Distolvieh, sofern er es überhaupt füttern kann, zu höheren Preisen einzukaufen, wenn er riskieren muss, dass es ihm zu Verlustpreisen abgenommen wird. Die grosse Spannung zwischen den Lebend- und den Fleischpreisen musste der Konsum bezahlen, zumal in Wien, wo der ungarische Preis massgebend ist. Die auferlegten Kontingente werden in der Regel nach Stückzahl berechnet. Allerdings ist für Konserven und sonstigen Militärbedarf, sowie bei der Zulässigkeit, zwischen Nutz- und Schlachtvieh und beim Austausch zwischen den Kronländern einen Ausgleich zu schaffen, die Möglichkeit der Gewichtsberechnung gegeben. Ein Ausbau dieses Systemes wäre im Interesse der Viehzucht sowohl, wie des Konsumes zu empfehlen.

Der Unterausschuss verlangt auch die Schonung der abgekalteten Milchkühe und der Zugkühe und dass auch sonst bei der Auszeichnung des aufzubringenden Viehs streng sachgemäss vorggegangen werde. Das für militärischen Frontbedarf an den Sammelplätzen gesammelte Vieh soll entsprechend gewartet werden, damit die leider vielfach wahrgenommenen Fälle sich nicht wiederholen, dass die Herden verelenden und verderben. Kommissionen des Ackerbauministeriums hätten zum Zwecke der sachgemässen Behandlung an die Hand zu gehen.

Aus Rumänien sind 100.000 Schweine und 300.000 Schafe zu erwarten, wobei mit Deutschland wird geteilt werden müssen. Aber es wäre mehr als unbillig, wenn Ungarn einen Anteil beanspruchen würde. Es wird jedenfalls am Platze sein, die Ankäufe in Rumänien unter Heranziehung bewährter Organisationen der Bukowina ohne Umständlichkeiten derart zu beschleunigen, dass das Vieh raschest und über die Bukowina eingeführt wird.

Der Unterausschuss kommt zu folgenden Schlüssen:

Das Missverhältnis zwischen der Bewirtschaftung in Österreich und Ungarn und die einseitige Belastung Österreichs ist unerträglich und der hauptsächlichste Grund für den Notstand der österreichischen Bevölkerung. Die Regierung wird aufgefordert, kein Mittel unversucht zu lassen, um ein gleichartiges Bewirtschaftungs-System in beiden Staaten zu erreichen.

Der von der ungarischen Regierung verfolgten Preispolitik, wozu für Österreich bestimmtes Vieh und Fleisch zu wesentlich höheren Preisen abverkauft wird, als innerhalb Ungarn, wobei der Mehrerlös zum grossen Teil dem ungarischen Fiskus zufliesst, bzw. zur Verbilligung des ungarischen Konsumes herangezogen und geradezu ein ungeheurer Ausfuhrzoll eingehoben wird, soll mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Die Regierung wird aufgefordert, dahin zu wirken, dass innerhalb der von Ungarn zugestandenen Kontingente in Ungarn der

freie Einkauf von für Oesterreich bestimmtem Fleisch und Vieh wieder eingeführt wird.

Mit Rücksicht auf die grosse Spannung, welche zwischen den dem österreichischen Viehbesitzer zugestandenen Preisen und den in Ungarn gewährten Preisen besteht, hat sich ein schwinghafter Viehschmuggel aus den österreichischen Grenzgebieten nach Ungarn entwickelt, der nachdrücklichst zu verhindern wäre.

Bei der Festsetzung der den österreichischen Viehbesitzern gewährten Preise ist darauf Bedacht zu nehmen, dass die Beschaffung und Aufzucht von Jungvieh nicht beeinträchtigt wird.

Gegen den von Ungarn beanspruchten Zusammenhang zwischen seinen Viehkontingenten für Oesterreich und den aus dem Auslande nach Oesterreich eingeführten Vieh- und Fleischmengen wird Verwahrung eingelegt.

Im Laufe des Krieges, durch den vornehmlich österreichische Grenzländer betroffen wurden, hat die Militärverwaltung derartige Mengen österreichischen Viehs im Wege von Requisitionen verbraucht, dass, abgesehen von der Drosselung der Einfuhr von Ungarn nach Oesterreich, unsere Viehbestände in bedenklicher Weise dezimiert wurden und in weiterer Folge wegen des Mangels an Futtermitteln auch die Qualität des Viehs ganz ausserordentlich zurückgegangen ist. Hätte die Militärverwaltung ihren Bedarf nach dem Schlüssel der Bestände und der Produktion in beiden Staaten gedeckt, wären wir mit unserem Viehstande nicht in die bedrängte Lage geraten. Umsomehr muss verlangt werden, dass die Heeresverwaltung mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Deckung des Bedarfes der Armee im Felde und im Hinterlande ungarisches Vieh und Fleisch heranziehe.

Zur Entlastung Wiens und in Anbetracht der vielfach beschäftigungslosen Militärpersonen wird verlangt, dass die 192.000 Mann betragende Wiener Garnison entsprechend verringert werde. Ebenso, dass die Garnisonen der Kronländer einer eingehenden Revision unterzogen werden.

Das System, den Ländern die Kontingente nach der Stückzahl aufzuerlegen, beeinträchtigt die Versorgung der Verbrauchszentren mit Fleisch und ist auch der Viehproduktion abträglich. Es wird die Ausgestaltung des Systemes der Kontingentabgabe nach Lebendgewicht empfohlen.

Beim Ankauf der Schweine und Schafe aus Rumänien sind die bewährten Organisationen der Bukowina mitheranzuziehen. Für den schleunigsten Abtransport über die Bukowina nach Oesterreich ist Sorge zu tragen.

Bei der Auszeichnung des für die Ablieferung bestimmten Viehs soll die möglichste Gewähr für sachgemässe Auswahl geboten werden. Abgekalbte Milchkuhe und zur Bewirtschaftung unumgänglich notwendige Zugkuhe sind zu schonen.

Das für die Armee im Felde in Sammelagern untergebrachte Vieh ist sachgemäss zu warten; Kommissionen des Ackerbauministeriums sind zuzuziehen.

Die Regierung wird aufgefordert, ziffermässige Angaben über die von der österreichischen Vieh- und Fleischverkehrs-gesellschaft und den Landes-Gesellschaften erzielten Gewinne und ihre Verweidung, sowie über die Unkosten zu geben.

Nebst der Einführung von Bezugs-scheinen für Fleisch wird mit der Einführung der zentralen Schlachtung die Kunden-Rayonierung empfohlen. Dem Schleichhandel ist mit grösstem Nachdruck zu begegnen.

F r i e d m a n n
Obmann.